



Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger!

Vor fünf Monaten haben wir Ihnen die erste Ausgabe unserer Broschüre „Extrablatt“ vorgestellt. Ihre zahlreichen Reaktionen zeigen uns, dass es richtig war, unsere Argumente zur Frage des geplanten Flughafenausbaus in dieser Form bekannt zu machen. Für Ihre Unterstützung, aber auch für Ihre kritischen Anmerkungen, möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

In der vorliegenden zweiten Ausgabe des „Extrablattes“ geht es vor allem um zwei Themen: das anstehende Raumordnungsverfahren und das immer wieder im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau vorgebrachte Arbeitsplatzargument.

Eine einführende Darstellung zum Raumordnungsverfahren, dem ersten planungsrechtlichen Verfahren, finden Sie auf Seite 2. Infos hierzu gibt es bald aber auch direkt bei Ihnen vor Ort: Ab Mitte Oktober tourt nämlich das Infomobil unserer Aktion „Zukunft Rhein-Main“ mit ausführlichen Informationen zu diesem Thema durch die Region.

Wie wenig stichhaltig das Argument der Ausbaubefürworter ist, eine neue Landebahn schaffe neue Arbeitsplätze, wird am Beispiel des Caltex-Geländes zwischen Raunheim und Kelsterbach deutlich: Die Ausbaupläne machen es nämlich mehr als fraglich, ob dort wirklich wie geplant 10.000 hochwertige Arbeitsplätze entstehen können (Seite 3).

Ich hoffe, dass auch diese Ausgabe des „Extrablattes“ zu Ihrer eigenen Meinungsbildung zum Thema „Flughafenausbau“ beitragen kann.

Eine interessante Lektüre wünscht

Ihr

Enno Siehr
Landrat des Kreises Groß-Gerau

Flucht aus Rhein-Main?

Qualifizierte Arbeitskräfte sind gefragt: die **Lärmbelastung** in der Region könnte da zum **Problem** werden

Das Rhein-Main-Gebiet ist eine der Wachstumsregionen in Deutschland, die jährlich tausende Arbeitnehmer anlockt.

Eines Tages könnten aber auch massiv Arbeitskräfte fehlen – nicht zuletzt wegen des Flughafens. Dieses Szenario ist keineswegs so abwegig, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Zwar stellt der Flughafen einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor für die Region dar und befriedigt die Mobilitätswünsche von Wirtschaft und Bevölkerung, doch muss auch gefragt werden, wieviel Flughafen das betroffene Umland verträgt. Der Aktion „Zukunft Rhein-Main“ geht es in dieser Frage nicht um ein Ja oder Nein zum Frankfurter Flughafen – dies wäre zu kurz gedacht –, sondern um Entwicklungschancen für die gesamte Region. So blieb in der bisherigen Diskussion weitgehend unberücksichtigt, welche gesamtwirtschaftlichen Effekte durch den Verzicht auf einen Ausbau in Frankfurt und die Verlagerung des Verkehrs auf andere Flughäfen zu erzielen sind. Profitieren könnte beispielsweise der Flughafen Hahn, dessen Erweiterung zusätzliche Arbeitsplätze in eine wirtschaftlich schwächere Region wie den Hunsrück brächte. Im Raum um Frankfurt stellt sich schließlich die Frage, wann ein solch hoher Lärmpegel erreicht ist, dass fähige Köpfe abwandern.

Für Unternehmen hat der Flughafen – etwa bei Neuansiedlungen – sicherlich eine hohe Bedeutung, noch wichtiger aber ist die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte.

Wohl niemand würde bestreiten, dass die Zukunft der Region vor allem vom Arbeitskräftepotenzial abhängt. Gelingt es, in eine Region hochqualifizierte Arbeitnehmer zu locken, werden damit mittelfristig Arbeitsplätze insgesamt abgesichert. Gut ausgebildetes Personal benötigt auch der Flughafen, dessen Vorteile sich allerdings auch in einen Nachteil verkehren können. Die sinkende Geburtenrate und die demografische Entwicklung werden zu einem Rückgang von Personen im erwerbsfähigen Alter führen. Gleichzeitig steigt aber die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitnehmern. Nach Angaben des Arbeitsamtes Frankfurt wird sich diese

Entwicklung ab 2010 dramatisch verstärken – und schon jetzt besteht in vielen Bereichen Arbeitskräftemangel. Gefragte Leute werden sich in Zukunft also noch stärker als bislang aussuchen können, wo sie leben und arbeiten möchten. Ein hohes Einkommen ist bei dieser Entscheidung nicht allein ausschlaggebend, vielmehr wird auch nach angenehmen Lebensbedingungen und einem Umfeld gefragt, in dem Kinder gesund aufwachsen können. Oleg Cernavin von der BC Forschungsgesellschaft in Wiesbaden kommt für die Flughafen-Diskussion deshalb zu folgendem Schluss: Der Flughafen droht, sich durch den Ausbau selbst die Basis für die von ihm benötigten Fachkräfte zu nehmen, indem er große Teile der Region unattraktiv macht. Und hiervon war bis jetzt nur wenig zu hören. Eigentlich verwunderlich, handelt es sich doch um eine zentrale Frage für die langfristige Perspektive des Rhein-Main-Gebietes. ■



Boom durch Ausbau? Auf lange Sicht droht eher eine Verkehrung ins Gegenteil.

Von der Idee zum Beton

Das **Raumordnungsverfahren (ROV)**: Eine kleine Einführung in die Welt der Genehmigungsverfahren

Inzwischen ist es ernst: Knapp fünf Jahre, nachdem Lufthansa-Chef Jürgen Weber 1997 den Bau einer neuen Bahn für den Frankfurter Flughafen forderte, beginnt das Genehmigungsverfahren. Politische Diskussionen, Landtagsbeschlüsse, das Mediationsverfahren und das Regionale Dialogforum – all dies tritt nun zurück. Im Rechtsstaat gilt nur, was genehmigt wird und vor Gericht besteht. Dabei kam schon so manches Großvorhaben ins Straucheln. So kann es auch diesmal sein.

Bei der Auseinandersetzung um den Bau der Startbahn 18-West kämpfte die Region gegen die Waldzerstörung. Heute ist die Sachlage noch bedrückender: Über 20 Kommunen in der Boom-Region Rhein-Main fürchten das Ende ihrer Stadtentwicklung, die Gesundheit tausender Menschen ist bedroht. Wer glaubt, nichts ausrichten zu können und auf den vergeblichen Protest gegen die Startbahn West verweist, liegt falsch. Die Genehmigung für die Startbahn 18-West erfolgte schon 1971, doch es vergingen fast zehn Jahre, bis der Protest begann. Heute ist die Gegenwehr bereits aufgestellt, bevor das Verfahren beginnt. In der Allianz „Zukunft Rhein-Main – Aktion gegen Flughafenausbau“ haben sich 22 Kreise, Städte und Gemeinden, über 60 Bürgerinitiativen sowie der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland zusammengeschlossen.

Das gemeinsame Handeln eröffnet im Genehmigungsverfahren und in den anschließenden Prozessen Chancen, die bei der Startbahn West nicht bestanden. Zu unterscheiden sind allerdings verschiedene Stufen des Genehmigungsverfahrens, die hier kurz vorgestellt werden.

1. Nur was im Genehmigungsverfahren aktenkundig wird, ist Grundlage der Entscheidung. Dies gilt für die Fraport ebenso wie für die Betroffenen. Alle Gutachten und Beschlüsse der Mediation und des Landtags kommen jetzt auf den Prüfstand.

2. Das Genehmigungsverfahren gliedert sich in zwei Schritte, von denen der erste, das nun beginnende Raumordnungsverfahren (ROV), behördenintern ist und sich mit den „öffentlichen Belangen“ beschäftigt. Der zweite Schritt, das Planfeststellungsverfahren, umfasst dagegen auch die

„privaten Belange“. Es endet mit der Genehmigung oder Ablehnung des geplanten Landebahnbaus.

Raumordnungsverfahren, Planfeststellung, Auslegung, Anregungen, Bedenken – die Liste der mit einem Genehmigungsverfahren verbundenen Begriffe ist lang, die Zusammenhänge lassen sich oft nur schwer überschauen. Beim „behördeninternen“ Raumordnungsverfahren etwa handelt es sich keineswegs um einen geheimen Vorgang, vielmehr müssen die Antragsunterlagen öffentlich ausgelegt werden, so dass die Bevölkerung „Anregungen und Bedenken“ äußern kann. Im Gegensatz zur Planfeststellung geht es beim ROV um öffentliche Belange. Private Bedenken – wie der Wertverlust eines Hauses durch zunehmenden Fluglärm – können zwar vorgetragen werden, doch wird sich die Behörde damit wohl nicht beschäftigen. Dies geschieht erst im zweiten Genehmigungsschritt.

3. Das ROV soll klären, ob ein Vorhaben überhaupt verträglich ist und wie es so gestaltet werden kann, dass es andere öffentliche Belange möglichst gering beeinträchtigt.

Ziel des ROV ist die Klärung konkurrierender öffentlicher Belange. Beim Bau einer Umgehungsstraße können etwa die Entlastung der Menschen im Ortskern von Lärm und der Erhalt von schützenswertem Naturraum konkurrieren. Im ROV werden dann Vor- und Nachteile abgewogen, ehe eine Entscheidung fällt. Zudem sind Ände-

rungen der ursprünglichen Planung möglich, um die Nachteile möglichst gering zu halten. Das Problem bei der Erweiterung des Frankfurter Flughafens besteht aber nicht nur im Lärm, sondern auch in der Frage, ob in einer so vielfältig strukturierten Region wie dem Rhein-Main-Gebiet alle anderen öffentlichen Belange den Interessen der Luftfahrt untergeordnet werden dürfen und können! Und hier gibt es handfesten Streit darüber, ob der Nachtflugverkehr und die gesundheitlichen Auswirkungen schon im ROV vollständig behandelt werden müssen.

Illusionen sollte niemand hegen: Aus heutiger Sicht ist leider anzunehmen, dass die Landesregierung dem Bau einer Bahn im Kelsterbacher Wald zustimmt – ganz gleich, was im ROV vorgetragen wird.

Entscheidend für die Ausbauegner ist indes die Planfeststellung. An diesem Verfahren müssen sie sich beteiligen, wenn sie später vor Gericht ziehen wollen.

Bedeutungslos wird das ROV für Privatleute damit aber nicht: Zum einen kann es als Übung für den privaten Ernstfall betrachtet werden. Und zum anderen bildet die Zahl der Eingaben einen politischen Gradmesser für den Widerstand gegen das Projekt. „Zukunft Rhein-Main – Aktion gegen Flughafenausbau“ wird deshalb jeden Einzelnen bei der Abfassung einer Stellungnahme unterstützen und mit einem Infomobil zum ROV vor Ort präsent sein. ■



Gemeinsam aktiv: Groß-Geraus Landrat Enno Siehr (li.) und Wolfgang Ehle vom Bündnis der Bürgerinitiativen auf dem Hessentag in Dietzenbach.

Einwendungen vor Ort

Info-Mobil tourt ab Oktober durch die Rhein-Main-Region



Mitte Oktober geht es auf Fahrt: Das Info-Mobil der Aktion „Zukunft Rhein-Main“, das im Zuge des Raumordnungsverfahrens seine Tour durch zahlreiche Städte und Gemeinden der Region startet. Ziel ist es, über diesen wichtigen Schritt im Vorfeld des geplanten Flughafenausbaus zu informieren (siehe hierzu auch die nebenstehende Seite).

In der Zeit vom 12. Oktober bis 15. November besteht somit im gesamten Rhein-Main-Gebiet montags bis samstags Gelegenheit, vor Ort das Raumordnungsverfahren und die Ausbauproblematik besser kennenzulernen – doch damit nicht genug: Betroffene Bürgerinnen und Bürger können ihre Anregungen und Bedenken direkt am Infomobil vortragen. Vertreter der Kommunen und Bürgerinitiativen nehmen diese auf, so dass ein gesonderter Gang zur Verwaltung nicht mehr erforderlich sein wird.

Die Eröffnung der Informationstour übernimmt am Freitag, 12. Oktober, um 12 Uhr auf dem Gutenbergplatz der Mainzer Umweltdezernent Wolfgang Reichel. Oberbürgermeister Jens Beutel steht dann ab 14 Uhr im Rahmen eines Forums der Mainzer Allgemeinen Zeitung Rede und Antwort. Landrat Enno Siehr und Bürgermeister aus dem Kreis Groß-Gerau begrüßen das Info-Mobil am Mittwoch, 17. Oktober, um 10.30 Uhr in Raunheim. Die einzelnen Stationen der Informationstour durch die Region sind unten aufgeführt. Weitere Fragen zum Info-Mobil beantwortet die Abteilung Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung bei der:

Kreisverwaltung Groß-Gerau
 Telefon: 06152/989142
 E-Mail: Wubf@kreisgg.de
 Web: www.zukunft-rhein-main.de

Mainz	Gutenbergplatz	12.10. - 13.10.
Wiesbaden	Dern'sches Gelände	15.10. - 16.10.
Raunheim	Stadtzentrum	17.10. - 18.10.
Bischofsheim	Darmstädter Str. 8	19.10.
Rüsselsheim	Marktplatz	20.10.
Groß-Gerau	Marktplatz	22.10.
Büttelborn	Worfelden - Parkplatz Bürgerhaus	23.10.
Flörsheim	Bahnhof	24.10. - 25.10.
Kelsterbach	Sandhügelplatz	26.10. - 27.10.
Neu-Isenburg	Rosenauplatz an der Hugenottenhalle	29.10. - 30.10.
Offenbach	Berliner Str. / Ecke Schloßstraße	31.10. - 01.11.
Ffm Bergen-Enkheim	Hessen-Center (ggüber Bushaltestelle)	02.11. - 03.11.
Mörfelden	Tizianplatz	05.11.
Walldorf	Bahnhof	06.11.
Riedstadt	Wolfskehlen - Parkplatz Bürgerhaus	07.11. - 08.11.
Darmstadt	Luisenplatz	09.11. - 10.11.
Ginsheim	Altrheinufer	11.11.
Dreieich	Sprendlingen - Parkplatz Hallenbad	12.11.
Königstein i. Ts.	Parkplatz ggüber Rathaus, Hauptstr. 15	13.11.
Mühlheim	Parkplatz Brückenmühle, Bahnhofstr.	15.11.

Fraport-Aktien kaufen?

Es soll schon Ausbaueegner geben, die zumindest eine davon besitzen: die Fraport-Aktie nämlich. Ob sich die Anlage finanziell lohnt, steht in den Sternen. Und umstritten ist auch, ob der Erwerb dieses Wertpapiers Möglichkeiten eröffnet, auf die Geschäftspolitik der Fraport-AG wirksam Einfluss nehmen zu können.

Die einen sagen, der „kritische Aktionär“ könne mit dem Kauf einer Aktie und dem damit verbundenen Rederecht auf zukünftigen Hauptversammlungen öffentlichkeitswirksam gegen den Ausbau auftreten – und Vorstand und Aufsichtsrat vor laufenden Kameras mit den Belastungen konfrontieren, die schon heute vom Flughafen ausgehen. Andere sind der Meinung, dass man so keinerlei Einfluss nehmen kann und – schlimmer noch – die Fraport-AG und damit den Ausbau mit dem Erwerb einer Aktie sogar noch unterstützt. Sicher: Nach dem Aktienrecht besitzen Anteilseigner gewisse Informationsrechte. Diese Informationen sind aber in großem Umfang öffentlich und stehen somit auch „Nicht-Aktionären“ zur Verfügung.

Caltex-Ausbau gefährdet

Jahrelang galt es als „Filetstück“ für die Entwicklung der Rhein-Main-Region, das Gelände der ehemaligen Caltex-Raffinerie zwischen Raunheim und Kelsterbach. Lage und direkte Anbindung an das europäische Straßen-, Schienen-, Wasser- und Luftwegenetz machen das 100 Hektar große Areal zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort. In absehbarer Zeit könnten hier bis zu 10.000 hochwertige Arbeitsplätze entstehen. Die Pläne für ein modernes Dienstleistungszentrum liegen in der Schublade, und potenzielle Investoren haben schon zuhauf angeklopft.

Chefplaner Johannes Ziegler hat jetzt Alarm geschlagen: Wenn die Nordbahn gebaut wird, dann bedeutet dies das Aus für alle Caltex-Perspektiven. Dann sind dort höchstens 10 Meter hohe Gebäude erlaubt, über deren Firste Jets im Minutentakt donnern. Wer sollte sich hier noch ansiedeln? Und wer möchte hier arbeiten? Ausbau auf Rhein-Main – wahrlich eine schlechte Perspektive für das Caltex-Gelände. Und wahrlich keine gute Perspektive für die Region.

Ärzte für Untersuchungen

Im Grunde ist es kaum zu glauben: Mitten in der dicht besiedelten Rhein-Main-Region befindet sich einer der größten Flughäfen Europas – doch über die Auswirkungen des Flugverkehrs liegt bis heute keine umfassende Gesamtuntersuchung vor. Dabei geht es noch nicht einmal um die Folgen eines möglichen Ausbaus, sondern um den schon jetzt bestehenden Betrieb.

Die Landesärztekammer hat längst vor gesundheitlichen Schäden durch Fluglärm und Schadstoffe gewarnt. Dass Lärm krank macht, dürfte unstrittig sein. Und um dies zu bemerken, ist nicht einmal ein Wohnort in der Einflugschneise nötig. An vielen Orten in der Region lassen sich bis in die Nacht

hinein Flugzeuge in kurzem Abstand zählen, verbunden mit der dazu gehörigen Geräuschkulisse.

Die Landesärztekammer fordert daher dringend, die tatsächlichen Lärm- und Schadstoffbelastungen zu untersuchen, die Ängste und Sorgen der Bevölkerung stärker als bisher zu berücksichtigen und die Nachtruhe zu schützen. Passiert ist trotz des Apells der Mediziner wenig, aber vielleicht gibt es hierfür gute Gründe. Schließlich könnte es sein, dass eine solche Untersuchung den gesundheitlichen Preis und die Folgekosten zutage fördert, den die Bevölkerung für nahezu unbegrenzte Mobilität am Himmel zahlt. ■

Städte nicht abwickeln

Beim Ausbau wäre die Stadt Flörsheim im Süden des Main-Taunus-Kreises in ihrer Entwicklung eingeschränkt. Ein Gespräch mit Bürgermeister Ulrich Krebs (33/CDU).

Extrablatt: Herr Krebs, wissen Sie, wie viele Ihrer Einwohner am Flughafen Frankfurt tätig sind?



Ulrich Krebs: Wir kennen die Zahlen nicht und aktuelle Recherchen haben uns nicht weiter geholfen, doch ich schätze, dass in Flörsheim traditionell mehr Opel-Beschäftigte leben.

EB: Trotzdem dürften das einige Flughafen-Beschäftigte sein. Müssten Sie deshalb nicht – auch mit Blick auf die Steuereinnahmen – eigentlich für einen Ausbau sein?

U.K.: Ich möchte in aller Deutlichkeit sagen, dass wir die wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens Frankfurt sehr wohl kennen. Wir sind ja auch nicht gegen den Flughafen, sondern gegen eine für die Menschen unerträgliche und deshalb unverantwortliche Ausbauplanung. Wir verlangen von der Fraport intelligentere Lösungen, den Standort Frankfurt dauerhaft zu sichern. Dazu gehört vor allem die volle Einbeziehung des Flughafens Hahn im Hunsrück.

EB: Flörsheim wäre durch den Ausbau in seiner Entwicklung eingeschränkt?

U.K.: Das ist richtig, wobei schon heute in Sachen Fluglärm die Zumutbarkeitsgrenze

überschritten ist. Denn sollte die „Nur-Landebahn Nordwest“ kommen – ich bin überzeugt, sie ist rechtlich nicht durchsetzbar – würden Teile Flörsheims von Düsenjets in 239 Metern Höhe überflogen. Das ist nicht hinnehmbar. Entwicklung der Region heißt für uns nicht, Flughafen in Weiterentwicklung und Städte in Abwicklung.

EB: Hat die Stadt Fraport-Aktien erworben?

U.K.: Die Stadt hat 20 Aktien erworben, um auch in der Aktionärsversammlung direkt dabei sein zu können. Aber wir setzen auf juristische und politische Argumente gegen den geplanten Ausbau durch eine „Nur-Landebahn“ im Kelsterbacher Wald.

EB: Die Möglichkeit einer Einflussnahme auf die Geschäftspolitik ist umstritten. Was erhoffen Sie sich davon?

U.K.: Da ist die politische Einflussnahme gefragt, die ich bei verschiedensten Gelegenheiten auf allen Ebenen nutze. Eigentümer der Fraport AG sind das Land Hessen, die Stadt Frankfurt am Main und die Bundesrepublik Deutschland. Die bilden die Gesellschafter-Versammlung und können in einer Aktiengesellschaft die Geschäftspolitik lenken und im Aufsichtsrat mitbestimmen.

EB: Herr Krebs, wir danken für dieses Gespräch.

Adressen und Infos

Fluglärmbeschwerdetelefon der Flughafen Frankfurt/Main AG
Ausbauprogramm Flughafen
60547 Frankfurt/Main
Infotelefon/Fluglärmtelefon: 0800/2345679
Kostenfrei rund um die Uhr besetzt

Kreis Groß-Gerau
Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung und „Zukunft Rhein-Main – Aktion gegen Flughafen ausbau“
Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau
Wilhelm-Seipp-Straße 4, 64521 Groß-Gerau
Telefon: 06152/989142
E-Mail: wubf@kreisgg.de
www.zukunft-rhein-main.de

Regionales Dialogforum (RDF)
Bürgerbüro des Regionalen Dialogforums
Im Eichsfeld 4, 65428 Rüsselsheim
Telefon: 06142/798791
www.dialogforum-flughafen.de

Bündnis der Bürgerinitiativen
„Keine Flughafenweiterung“
Winfried Heuser
An der Kreuzheck 6, 60529 Frankfurt/Main
Telefon: 069/355464
E-Mail: winfried.heuser@t-online.de
www.flughafen-bi.de

Mainzer Bürgerinitiative gegen die Flughafen-erweiterung Rhein-Main
c/o Bürogemeinschaft 42
Kaiser-Wilhelm-Ring 11, 55118 Mainz
Telefon: 06131/611973

BUND LV Hessen
Triftstraße 47, 60528 Frankfurt
Telefon: 069/6773760
Thomas Norgall
E-Mail: thomas.norgall@bund.net
www.bund-hessen.de

BUND LV Rheinland-Pfalz
Gärtnergasse 16, 55116 Mainz
Telefon: 06131/231973
E-Mail: bund.rheinlandpfalz@bund.net

Kommunale Arbeitsgemeinschaft Flughafen Frankfurt/Main (KAG)
Wilhelm-Seipp-Str. 4, 64521 Groß-Gerau
Telefon: 06152/989605
E-Mail: kag-ffm@gmx.de
www.kag-flughafen-ffm.de



Aktion gegen Flughafen-Ausbau

Weitere Internetadressen

www.fluglaerm.de
www.ig-fluglaerm.de
www.mediation-flughafen.de
www.profutur.net
www.rm-institut.de

Impressum
Herausgeber: Kreisverwaltung Groß-Gerau
Presse- und Informationsamt